

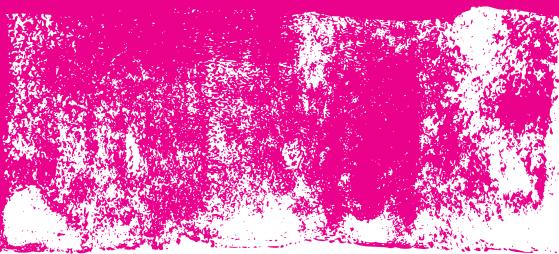
1 JAHR FPÖVP IM LAND

EIN ANGRIFF
AUF UNS ALLE

EINE BILANZ

DER OFFENSIVE GEGEN RECHTS

JETZT ERST RECHT: NICHT RECHTS!



KONTAKT – OFFENSIVE GEGEN RECHTS STEIERMARK

-  www.ogr-stmk.at
-  ogr-graz@systemli.org
-  [offensivegegenrechtsgraz](https://www.instagram.com/offensivegegenrechtsgraz)
-  [offensive gegen rechts steiermark](https://www.facebook.com/offensivegegenrechtssteiermark)



1 JAHR FPÖP IM LAND – EIN ANGRIFF AUF UNS ALLE!

Am 24.10.2024 gelang es der FPÖ unter Mario Kunasek den ersten Platz bei den steirischen Landtagswahlen zu erreichen (34,8%). Dieser Stimmenzuwachs rechts-extremer und –konservativer Recken leitete eine spürbare autoritäre Wende in der Steiermark ein. Seit Sommer 2024 warnt die "Offensive gegen Rechts" (OGR) vor den Folgen einer rechtsextremen Regierungsbeteiligung, da dies einen Angriff auf alle Menschen, die nicht mit einem goldenen Löffel im Mund zur Welt kamen, bedeutet. Nun, über ein Jahr später, haben sich alle Befürchtungen bestätigt.

Zeit für eine Bilanz.

FPÖ – DER LOYALE RAMMBOCK DER REICHEN

Die Angriffe von FPÖ & ÖVP sind nicht vom Himmel gefallen. Bereits seit Jahren ist die Politik und Rhetorik Rechtsextremer auf eine gesellschaftliche Spaltung ausgerichtet. Hetze gegen Migrant*innen, Frauen, Trans-, queere oder traumatisierte Personen zielt stets darauf ab, die durch Inflation & Teuerung, (häusliche) Gewalt und miserable Arbeitsbedingungen gebeutelten Menschen zu spalten. Politische Gegner*innen werden kriminalisiert: Antifaschist*innen, armutsbetroffene Personen, queere und generell Linke, die sich für eine gleichberechtigte Gesellschaft einsetzen. Vorschläge der Landesregierung - wie etwa eine Herdprämie - verstärken traditionelle Rollenbilder. Dadurch werden Frauen weiter in die Abhängigkeit von ihren Partnern gedrängt und der Abbau bereits erkämpfter Rechte der feministischen Bewegung vorangetrieben. Und die Einsparungen erfolgen im Monatstakt:



- Als erstes traf es die steirische **Kunst- und Kulturszene**. Das Kulturkuratorium – welches gegenüber der Landesregierung Empfehlungen bezüglich zu leistender Förderungen ausspricht – wurde politisch neubesetzt. Dies ist ein Versuch, progressive Künstler*innen mundtot zu machen. Neue Mitglieder sind unter anderem Franz Koiner (Marketingleiter der rechtsextremen Verlage Ares und Stocker) oder Willi Gabalier (der Bruder des reaktionären Musikers). Neben diesem Umbau zu einem Kulturkrematorium wurde die öffentliche Kulturförderung drastisch gekürzt, um die freie Szene auszubluten.
- Das **Landessicherheitsgesetz** wurde überarbeitet. Der neue Gesetzesentwurf kriminalisiert Menschen, die auf Grund von akuter Armut auf Spenden von zB. Passant*innen angewiesen sind. Das Betteln mit Hunden – oft überlebenswichtig für Obdachlose – oder in Gruppen ist nun verboten, sektorale Bettelverbote (wie nun unter freiheitlicher Feder in Bruck umgesetzt) können von einzelnen Gemeinden erlassen werden.
- Als nächstes traf es die **Traumastation der Elisabethinen**. Dieses Angebot eines multi-professionellen Teams – oft der letzte Zufluchtsort für Betroffene von Traumafolgestörungen und das einzige steirische Angebot dieser Art – soll geschlossen werden.

- Die **Erstaufnahmezentren für aus der Ukraine geflüchtete Menschen** wurde geschlossen. Dutzende Familien – teils mit Babys und Kleinkindern – die vor Krieg, Hunger und erdrückender Perspektivlosigkeit geflohen sind, stranden seit Monaten am Grazer Hauptbahnhof. Sie müssen wochenlang menschenunwürdige Zustände als Obdachlose ertragen, bevor sie in der Grundversorgung aufgenommen werden.
- 3 Tage nach dem verheerendsten Amoklauf der 2. Republik verkündeten Soziallandesrat Amesbauer (FPÖ) und sein Gefolge weitere Einsparungen. Mit Stichtag 01.07.2025 wurden 2,5 Millionen Euro an **Förderungen im steirischen Sozialbereich** ersatzlos gestrichen. Betroffen sind neben kleineren Trägervereinen wie der Aids-Hilfe oder den RosalilaPantherInnen auch die Caritas oder die VinziWerke. Gemäß dem Motto 'nach unten treten, nach oben buckeln' wurden unzählige Kolleg*innen in den Bereichen Integration, Beratung und Begleitung queerer oder traumatisierter Personen gefeuert.



- 20 Jahre nach deren Abschaffung werden ab Winter 2026 bei den **steirischen Fachhochschulen** wieder Studiengebühren eingehoben. Dieser Angriff auf den ohnehin eingeschränkten "freien Hochschulzugang" wird armutsbetroffene Personen - welche bereits jetzt oft neben dem Vollzeitstudium arbeiten müssen - vermehrt von einem FH-Studium ausschließen.
- Der **Heizkostenzuschuss des Landes** (ein jährlicher, finanzieller Zuschuss, welcher dabei helfen soll, die eigenen 4 Wände zu heizen) schließt erstmalig Nicht-EU-Bürger*innen aus. Diese Maßnahme, welche vermeintlich bei der "Budgetsanierung" helfen soll, ist einmal mehr nur eines: rassistisch. Zudem ist die Antragstellung heuer nicht mehr online, sondern nur noch persönlich möglich, wodurch es für schwer kranke Menschen fast unmöglich wird, den Zuschuss zu beantragen. Die Regierung zeigt, dass sie auch vor Ableismus nicht zurückschreckt.



ARMUT IST NICHT SELBSTVERSCHULDET, SONDERN POLITISCH GEWOLLT!

Der unverhohlene Angriff auf armutsbetroffene Personen steht jedoch noch an. Die für Februar 2026 geplante Überarbeitung des "Steiermärkischen Sozialunterstützungsgesetztes" (StSUG) soll den Höchstsatz für alle Bezieher*innen um 5% (§8 Abs. 2 und 3), aber auch die Alleinerzieher*innen- bzw. Kinderzuschläge kürzen. In der sogenannten "Bereitschaftsverpflichtung" (§7 Abs. 1) werden Betroffene regelrecht dazu genötigt "alles" in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um einen Job zu ergattern. Vor allen Dingen Deutschkenntnisse sollen als Voraussetzung gesetzlich verankert werden. Auf die Frage, wie die Absolvierung eines entsprechenden Sprachkurses ablaufen soll – da ja parallel unter anderem gerade im Bereich Integration eingespart wird – gibt es keine Antwort.

Da diese Angriffe aus Sicht von FPÖVP noch nicht ausreichen, sollen auch die Sanktionierungsmöglichkeiten massiv ausgeweitet werden. Die neuen Strafen bieten die Möglichkeit einer Kürzung der Sozialunterstützung um bis zu 100% - und das bereits bei kleinen Vergehen. Dabei wird keine Rücksicht auf die Sicherung der Existenz Betroffener oder den Wohnraumerhalt selbiger gelegt. Damit wird bewusst die potenzielle Wohnungslosigkeit von Bezieher*innen in Kauf genommen.

Schon bisher mussten armutsbetroffene Personen in Österreich, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, eine beschämende Offenlegung ihres schützenswerten Rechts auf Privatsphäre über sich ergehen lassen. Nun verliert das StSUG endgültig seinen eigentlichen Zweck: die Sicherung der Existenzgrundlage zur Förderung eines menschenwürdigen Lebens.

DOCH GEGEN ALL DIESE ANGRiffe REGT SICH WIDERSTAND!

Wie eingangs bereits erwähnt warnte die OGR vor den Folgen einer durch die FPÖ geführten, rechtskonservativen Regierung. In unzähligen Aussendungen, bei Kundgebungen und Demonstrationen haben wir klar gemacht, dass rechtsextreme Kürzungen und Hetze der großen Mehrheit der steirischen Bevölkerung schaden – und das auf Jahre hinaus.

Ein antifaschistischer Grundkonsens ist für uns kein Sonntagshobby, sondern gelebte Praxis. Der autoritäre Umbau staatlicher Institutionen und die daraus resultierende Politik des “Law and Order” gefährdet tagtäglich Leben. Doch der Widerstand dagegen darf sich nicht auf Lippenbekennnisse allein beschränken.



Während große Trägervereine wie die Caritas oder Kampforganisationen wie der österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) aus Angst vor weiteren Sparmaßnahmen in betroffener Passivität verharren, stehen Betroffene vor dem Aus. Doch anstatt Klient*innen und Beschäftigten ein Angebot zu kollektivem Widerstand zu unterbreiten versucht man verzweifelt mit FPÖVP in Verhandlungen zu treten. Diese Taktik ist verheerend - und bis jetzt gescheitert. Es ist kein Versehen, dass man nie an einem Verhandlungstisch gesessen hat, sondern politisches Kalkül von Kunasek und Co. Anstatt also die unzähligen Kündigungen mit einem medialen Aufschrei zu begleiten und als das zu bezeichnen was sie sind - neoliberal und rechtsextrem - hält man sich bedeckt. Ohne die notwendige politische Klarheit schadet man so dem Widerstand gegen die Kürzungen.

Stattdessen folgt ein katastrophaler Kollektivvertragsabschluss auf den nächsten (zuletzt z.B. bei den Metaller*innen und im öffentlichen Dienst) und Beschäftigte fühlen sich zunehmend im Stich gelassen. Unter dem gebetsmühlenartig vorgetragenen Credo der "politischen Unabhängigkeit" wird versucht, eine Brücke zu erzkonservativen Hardliner*innen zu schlagen.





Aber auch etablierte Parteien wie die SPÖ, die Grünen oder die KPÖ agieren verhältnismäßig planlos auf die Kürzungen. Gerade einer KPÖ - welche in Graz immerhin eine der stärksten linken Regierung Europas stellt – kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Doch abgesehen von der Teilnahme einzelner Funktionär*innen oder dem Aufruf, sich an den Protesten zu beteiligen, gab es für Betroffene keinerlei Angebote, geschweige denn den Anspruch die Proteste anzuführen.

Nach wie vor scheut sich eine KPÖ davor, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit lautstark zu verurteilen aus Angst, Wähler*innen zu verlieren. Doch die unbürokratische finanzielle Unterstützung unzähliger Menschen reicht schon lange nicht mehr aus. Denn letztlich ist dies nicht mehr als ein Pflasterkleben auf die unzähligen Wunden, die der Kapitalismus tagtäglich reißt, anstatt das man das Übel bei der Wurzel packt.

Was wir benötigen, ist massenhaften Widerstand: in den Betrieben, auf der Straße und in den Parlamenten. Eine Gesellschaft, welche ein gutes Leben für alle hier Lebenden erbaut – fernab von Rassismus, Queer- oder Frauenfeindlichkeit – und in dem alle Menschen nach ihren Bedürfnissen und ihrem können friedlich leben können muss keine reine Utopie bleiben.

Werde auch DU aktiv in der Offensive gegen Rechts!

Die Offensive gegen Rechts (OGR) ist ein überparteiliches linkes Bündnis antifaschistischer Organisationen und Einzelpersonen. Für uns ist der Widerstand gegen Rassismus, Sexismus und Queerfeindlichkeit, angesichts zunehmender rechtsextremer Regierungen und Kürzungspakete eine traurige Notwendigkeit.



Wir organisieren Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen, um auf die Hintergründe und Verbindungen rechtsextremer Umttriebe und deren (langfristigen) Schaden hinzuweisen und uns diesen entgegen zu stellen.



Angesichts einer von FPÖ, (schlagenden) Burschenschaften oder den faschistischen Identitären (und ihren diversen Organisationen) vorangetriebenen gesellschaftlichen Polarisierung erachten wir es als Notwendig, einen linken Gegenpol anzubieten. Wir stehen in der Tradition von abertausend Aktivist*innen die in den letzten hundert Jahren gegen faschistische Bewegungen und Regierungen gekämpft haben und erachten den Kapitalismus als Grundübel, welches derartige Widerlichkeiten hervorbringt.

Wir stehen solidarisch an der Seite aller Menschen die sich weltweit gegen Faschismus & Rassismus, aber auch Umweltzerstörung, Sozialabbau oder Frauen- und Queerfeindlichkeit stellen.



Wenn auch **DU** mit uns für eine Welt, in der jede Person
- unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen
Orientierung, der Hautfarbe oder Religion - frei nach
ihren Bedürfnissen leben kann, kämpfen möchtest,
schließ dich uns an.

Komm zu unseren Treffen oder informiere dich auf
unseren (Social Media) Kanälen über zukünftige
Aktionen oder die Hintergründe der Kürzungsorgien von
FPÖVP in der Steiermark.

Machen wir gemeinsam klar:

NIE WIEDER IST JETZT!

